

# Heraus zum 1.Mai!

**D**ie ArbeiterInnen begehen mit neuem Mut den 1. Mai in diesem Jahr. Die Beschäftigten stehen geschlossen hinter ihren Forderungen. Die StahlarbeiterInnen haben 5,2 Prozent Lohnerhöhung erstritten, die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst 7,9 Prozent für zwei Jahre.

Diese Erfolge haben die Beschäftigten mit Warnstreiks und der Bereitschaft zum unbefristeten Streik erzielt. Während in den vergangenen Jahren reale Lohnkürzungen hingenommen wurden, gab es in diesem Jahr endlich wieder Lohnzuwächse.

## Kapitalismus in der Krise

Doch die globale Kreditkrise, die in den USA ihren Anfang nahm, bedroht die Erfolge der Beschäftigten. Innerhalb von sechs Monaten wurden auf dem Weltmarkt 300 Milliarden Dollar vernichtet. Beinahe vier Millionen US-Amerikaner haben ihre Häuser verloren. Ähnliches erwartet die Menschen in Europa. Die Banken rufen in dieser Situation nach dem Staat, der mit Finanzspritzen aushelfen soll. Das würde bedeuten, dass die Arbeitenden mit ihren Steuern für die Folgen der Spekulationen aufkommen müssen. Das können sich die Werkstätigen nicht gefallen lassen.

## Gemeinsam sind wir stark

Die guten Tarifabschlüsse der vergangenen Monate sind auch ein Ergebnis des gemeinsamen Kampfes von MigrantInnen und Deutschen. Es ist eine erfreuliche Entwicklung, dass sich MigrantInnen stärker an Arbeitskämpfen beteiligen als bislang. Das ist die Voraussetzung für starke Arbeitskämpfe und die richtige Antwort auf die Versuche, Menschen wegen ihrer Nationalität, Kultur oder Religion auseinanderzutreiben.

## Wir fordern bessere Arbeitsbedingungen!

Die Arbeits- und Lebensbedingungen von Millionen Arbeitern und Angestellten verschlechtern sich zusehends. Über acht Millionen Menschen arbeiten inzwischen im Niedriglohnsektor, zwei Millionen können von ihrem Lohn nicht leben, die Zahl der Leiharbeiter ist auf 900.000 gestiegen. 2,5 Millionen Kinder sind



von Armut betroffen. Es ist offensichtlich, dass weitere Kürzungen bei den ArbeiterInnen vorgenommen werden sollen. Lohndumping, längere Arbeitszeiten und die weitere Privatisierung des Sozialsystems stehen auf der Wunschliste der Konzerne.

Doch gegen die Pläne werden sich die Beschäftigten wehren. 80 Prozent der Arbeiter und Angestellten gegen die Rente mit 67, für einen gesetzlichen Mindestlohn und für gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit. Das bisherige Jahr hat gezeigt, dass die ArbeiterInnen auch bereit sind, für ihre Forderungen zu kämpfen.

## Wir fordern:

- ◆ Ein gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro die Stunde
- ◆ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – Ende der Leiharbeit
- ◆ Kürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich
- ◆ Jedem Jugendlichen ein Ausbildungsplatz
- ◆ Nein zur Rente mit 67



DIDF (Föderation Demokratischer Arbeitervereine)

Hohenstaufenring 55 - 50674 Köln  
Tel: 0221-9255493 - Fax: 0221-9255495  
www.didf.de - info@didf.de

